

Frauenhaus zum Weltfrauentag

# Schutz vor Gewalt muss staatliche Aufgabe werden

Warendorf (gl). Der heutige 8. März ist der Tag, an dem Frauen weltweit durch Aktionen auf ihre Benachteiligungen im öffentlichen und privaten Leben aufmerksam machen und ihr Recht auf Gleichberechtigung einfordern. Das Frauenhaus in Warendorf gibt es seit mehr als 40 Jahren. 5210 Personen haben seit dem Bestehen der Einrichtung dort Schutz gefunden – 2394 Frauen und 2814 Kinder.

„Auch ohne die Schwierigkeiten, die die Corona-Pandemie für das alltägliche Leben und Arbeiten mit sich brachte, gibt es in unserem Beruf schwierige Arbeitsbedingungen, auf die wir zum Weltfrauentag aufmerksam machen möchten“, heißt es in einer Mitteilung der Mitarbeiterinnen. Und weiter ist dort zu lesen: „Die Finanzierungsverantwortung des Frauenhausaufenthaltes liegt immer noch bei den Frauen, es gibt einen Tagessatz für die Frauen und Kinder, die im Haus leben. Statt nach der Ankunft einer neuen Bewohnerin (und ihren Kindern) im Frauenhaus als erstes Ziel Entlastung und Stabilisierung in der gemeinsamen Arbeit fokussieren zu können, ist es eine der primären Hauptaufgaben der Frau zu erklären, dass die Finanzierungsverantwortung ihres Aufenthaltes bei ihr liegt und gemeinsam mit ihr für die Existenz-

sicherung zu sorgen.“ Vor Gewalt fliehen und dafür dann auch noch selbst zahlen zu müssen – für Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen sei dies gleichermaßen unbegreiflich.

Das Frauenhaus Warendorf fordert: Schutz vor Gewalt konsequent als staatliche Aufgabe begreifen und für alle gewaltbetroffenen Frauen und Kinder auch so finanzieren. Die Finanzierungsverantwortung muss an den Staat gehen. „Wir fordern das Dreisäulen-Modell von einzelfallunabhängiger, bedarfsgerechter und institutioneller Frauenhausfinanzierung. Bewohnerinnen rutschen aufgrund der Flucht oft in Armut ab und sind daher meist gezwungen Sozialleistungen zu beantragen, um ihren Aufenthalt zu finanzieren. Leider ist dies nicht allen von Gewalt betroffenen Frauen in Deutschland möglich. Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung sieht einen ‚bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern‘ vor – wir fordern konsequente Umsetzung.“

Femizide – jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem (Ex-)Partner umgebracht. Jeden Tag gibt es einen Tötungsversuch. Ein Leben ohne Gewalt ist schwierig in einem System, das Frauen und ihre Kinder nicht ausreichend schützt.



Zum Weltfrauentag am heutigen 8. März fordern Mitarbeiterinnen des Warendorfer Frauenhauses unter anderem, dass der Schutz vor Gewalt als staatliche Aufgabe begriffen wird. Denn Gewalt gegen Frauen ist kein privates Problem. Foto: dpa

## Ist Leben ohne ständige Angst unmöglich?

Warendorf (gl). Auch zwei Bewohnerinnen aus dem Frauenhaus Warendorf wurden von ihren (Ex-)Partnern in den Jahren 2000 und 2007 ermordet.

Auch heute gibt es gefährliche Situationen für Mitbewohnerinnen des Frauenhauses, wie das folgende Beispiel verdeutlicht: Eine Frau mit ihren drei Kindern im Alter von drei bis zwölf Jahren hat nach einem fünfmonatigen Aufenthalt eine eigene Wohnung vor Ort gefunden. Zuvor war sie aus Süddeutschland vor ihrem gewalttätigen Ehemann ins Warendorfer Frauenhaus geflüchtet. Schon bevor die Frau in die Emsstadt kam, gab es aufgrund der

brutalen Tötlichkeiten ein Kontakt- und Näherungsverbot gegen den Expartner. Dieser hat nun den neuen Aufenthaltsort der Familie ausfindig gemacht und zog in den Kreis Warendorf. Er stellte der Familie wochenlang nach und bedrohte die Familie. Frau und Kinder haben massive Angst die Wohnung zu verlassen, da sich ständig das Auto des Mannes vor der Wohnung der Familie befände. Der Frau drohe der Verlust ihrer Arbeitsstelle, da der Mann auch dort immer wieder auftauche und so die Freiheit und Lebensqualität der Familie immer weiter einschränke. Doch die Kinder müssen zur Schule, Ein-

käufe müssen erledigt, Ärzte besucht werden. Ist ein Leben ohne ständige Angst unmöglich? Soll die Familie erneut in ein weiteres Frauenhaus fliehen? Ist eine lebenslange Weiterflucht die Lösung?

Das Frauenhaus fordert: „Unsere Expertise soll von anderen Einrichtungen, Behörden und Gerichten anerkannt werden. Wir arbeiten als gewaltinformiertes Fachpersonal nach einem parteilich-feministischen und gesellschaftskritischen Beratungsansatz. Alle Anliegen und das Erleben der Frauen und Kinder werden ernst genommen. Dabei achten wir gleichzeitig auf die nötige

professionelle Distanz sowie auf die Förderung der Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung. Dies steht im starken Gegensatz zu unkritischer Parteinahme und der Bestärkung der Opferidentität der Frauen und Kinder. Aus diesem Grund wünschen wir uns besonders beim Kontakt zum Jugendamt und bei familiengerichtlichen Verfahren, dass unsere fachliche Sicht auf die bei uns lebende Familie als solche anerkannt und auch eingeholt wird.“ Zu oft wird der Hintergrund von jahrelanger psychischer, physischer und weiteren Gewaltformen in familiengerichtlichen Verfahren einfach außer Acht gelassen.